

Dienstag (Nachmittag), 15. März 2022 / Mardi après-midi, 15 mars 2022

2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /**2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

92 2021.RRGR.57 Motion 032-2021 Zryd (Magglingen, SP)

Standesinitiative: Einführung einer zeitlich beschränkten Solidaritätssteuer auf Luxusgütern

92 2021.RRGR.57 Motion 032-2021 Zryd (Macolin, PS)

Initiative cantonale pour l'instauration d'un impôt de solidarité de durée limitée sur les produits de luxe

Le président. Je salue l'arrivée de M. le conseiller d'Etat Christoph Ammann, directeur de la DEEE pour le traitement des affaires de deuxième priorité de sa Direction. Nous sommes à l'affaire numéro 92 de l'ordre du jour : une motion, le débat est libre. Le gouvernement propose de rejeter cette motion. Le porte-parole de la motion est M. le député Egger à qui je laisse la parole.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Mitmotionär. Mit unserer Motion für eine Standesinitiative für eine zeitlich begrenzte Solidaritätssteuer auf Luxusgütern wollen Andrea Zryd, Urs Graf und ich dem Bund dabei helfen, die hohen Kosten für die Bewältigung der Corona-Krise ein bisschen abzufedern. Abzufedern durch Menschen und Unternehmen, die sich dies problemlos leisten können. Menschen und Unternehmen, die vielleicht gerade wegen der Krise grosse Gewinne gemacht haben. Menschen und Unternehmen, die sich Luxusgüter leisten können und die mit Luxusgütern handeln. Eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Mehrwertsteuer um 5 Prozent würde niemandem schaden, weder den Vermögenden, die sich Luxusgüter leisten können, noch den Wirtschaftszweigen, die mit Luxusgütern handeln.

Die Güter des täglichen Bedarfs wären ja vollständig von dieser Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgenommen. Wenn jemand eine Rolex für 100'000 Franken kauft, dann spielt es für ihn keine Rolle, ob er dann 105'000 bezahlt. Oder wenn jemand eine Luxusyacht für 10 Mio. Franken kauft, spielt es auch keine Rolle, ob es dann 10,1 Mio. Franken sind. Mit unserer Solidaritätssteuer auf Luxusgüter kämen jährlich mehrere Milliarden Franken zurück in die Bundeskasse und kämen damit auch der Bevölkerung zugute, weil der Bund mit diesem Geld seine Schulden elegant abbauen könnte. Schulden, die er während der Corona-Zeit gemacht hat, um Unternehmen und auch Menschen zu stützen. Dies wäre möglich, ohne dass unsoziale und ungerechte Abbaumassnahmen getroffen werden müssten. Mit der Antwort der Regierung sind wir deshalb überhaupt nicht einverstanden. Mit unserer Motion verlangen wir nirgends, dass der Kanton Bern dank der Standesinitiative an der Erhebung oder an den Erträgen einer solchen Luxussteuer überhaupt beteiligt sein sollte. Wir sind aber dezidiert der Meinung, dass wir als Parlament des Kantons Bern das Recht haben, uns mit einer Standesinitiative in die nationale Politik einzumischen.

Gemäss dem geltenden Gesetz ist ja der Bund verpflichtet, die zweistelligen Milliardenbeträge, die er zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie gesprochen hat, innert 6 Jahren auszugleichen. Für die Schweizer Wirtschaft und die Schweizer Bevölkerung ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass der Bund dies ohne wirtschafts- und gesellschaftsschädigende Sparübungen fertigbringt. Die von uns durch die heutige Standesinitiative generierten Milliarden kämen daher der ganzen Schweiz zugute, und letztlich auch der Bevölkerung des Kantons Bern. Vielen Dank deshalb an alle, die zugehört haben, die darüber nachdenken und am Schluss über unseren Vorstoss abstimmen und ihm zustimmen.

Alexander Feuz, Bern (SVP), Fraktionssprecher. Die SVP lehnt den Vorstoss aus der sozialistisch-kommunistischen Mottenkiste klar ab. Ich gebe Ihnen in einem Punkt recht. Es sind jetzt Wahlen,

und es klingt immer gut, eine Luxussteuer zu verlangen. Nur fangen wir damit schon an mit der Diskussion über den Begriff «Luxus». Für den Feuz sind schon neue Turnschuhe wahrscheinlich ein Luxus, denn er treibt nicht viel Sport. Andere Leute unter Ihnen kaufen wahrscheinlich im Jahr drei- oder viermal neue Turnschuhe und brauchen diese. Der Feuz ist dafür etwas anspruchsvoller beim Fleisch und beim Wein. Aber lassen wir das. Nun komme ich zurück zum ernsthaften Teil. Wir haben hier eine Standesinitiative. Sie konnten die Antwort des Regierungsrates lesen. Ich bin einer, der nicht immer dem Regierungsrat folgt, das wissen Sie, aber hier hat er völlig recht: Es ist eine Standesinitiative. Bis diese behandelt wird, dauert es lange. Der Ständerat und der Nationalrat müssen die Differenzen bereinigen, oder was auch immer, und jetzt, in der laufenden Session, werden diese Probleme debattiert.

Nun wollen wir noch einen neuen Aufwand generieren, um über etwas zu diskutieren. Damit kommen wir zum anderen Stichwort, das der Feuz immer wieder nennt, zur «intellektuellen Faulheit». Diese Einnahmen gelangen nicht an den Kanton, sondern gehen zum Bund. Wir erheben sie auch nicht. Für mich ist es ganz klar ein falscher Vorstoss, der in eine falsche Richtung geht. Sie sehen: Wenn Sie bei den Wahlen sozialistisch und grün wählen, dann werden wir noch mehr über solche Dinge diskutieren. Deshalb stimmen wir ganz klar Nein und sind klar für eine bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat. Danke für Ihre Unterstützung.

Le président. La salle est réveillée maintenant. M. le député Haas, pour le groupe PLR.

Adrian Haas, Bern (FDP), Fraktionssprecher. *(Der Präsident bittet um Ruhe im Saal. / Le président réclame le silence dans l'assemblée.)* Ich glaube, dieser Vorstoss ist nicht extrem durchdacht. Es ist völlig unklar, was ein Luxus ist. Ist es das iPhone? Ja. Ein Android-Handy? Nein. Champagner? Ja. Prosecco? Nein. Ein Audi? Ja. Ein VW? Nein. Oder ein Goldhase? Ja. Aber eine Tafel Schokolade? Nein. Es ist etwas schwierig!

Offensichtlich haben die Motionäre die Niederlage bei der 99-Prozent-Initiative nicht ganz verdaut, sonst hätten sie nämlich diesen Vorstoss entweder gar nicht eingereicht oder ihn jetzt zurückgezogen, aber es sind halt Wahlen. Aber zur Ehrenrettung oder zur Freude der Motionäre kann ich sagen, dass dieser Vorstoss eigentlich erfüllt ist. Es braucht ihn gar nicht. Ein Drittel der gesamten Bundeseinnahmen stammt aus der direkten Bundessteuer, und wer bezahlt die direkte Bundessteuer? Es sind die Gutverdienenden, Wohlhabenden, die diese im Wesentlichen finanzieren. Insofern werden die Corona-Schulden in den nächsten Jahren zu einem grossen Teil von den guten Einkommensbezüglern getilgt. Insofern ist dieser Vorstoss eigentlich erfüllt, so schräg wie er ist. Wir lehnen ihn natürlich ab.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), porte-parole de groupe. L'instauration d'une hausse de la TVA sur les produits de luxe en guise d'impôt de solidarité pour financer les coûts liés à la pandémie correspondrait assez bien à des idées de base du groupe évangélique.

Et pourtant : outre la question de savoir quels sont les produits de luxe, si c'est la plaque de chocolat ou le lapin ou je ne sais quoi, nous devrions tous savoir ici quel est le poids et les chances d'une initiative cantonale de ce type, et particulièrement dans un domaine qui a été, à juste titre relevé par le Conseil-exécutif dans sa réponse, ne relève aucunement du domaine cantonal et qui n'apporterait pas un sous dans le ménage cantonal. Le groupe évangélique sera donc partagé entre l'idée qui lui est chère d'une redistribution des richesses et d'une certaine Realpolitik qui prévaut dans l'autre partie du groupe.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. Aus der Sicht der grünen Fraktion stellt der vorliegende Vorstoss eine richtige und wichtige Frage, die Frage nämlich, wie wir die Kosten finanzieren, die wir wegen der Corona-Pandemie hatten, sowohl auf Kantonsebene, aber hier jetzt auch auf Bundesebene. Wir wissen es, und die Zahlen des Bundes zeigen es, dass der grösste Teil der Finanzierung der Corona-Pandemie über den Bund erfolgte. Wenn ich mich richtig erinnere, hat der Bund etwa 80 Prozent über das Bundesbudget abgedeckt, und der Kanton hat nur etwa 20 Prozent

beigetragen, wobei natürlich der Kantonsbeitrag, wie wir wissen, auch für uns ein erklecklicher Beitrag war. Darum ist es sicher richtig, diese Frage auf Bundesebene zu diskutieren.

Die grüne Fraktion hat sich in der Vergangenheit im Rahmen der Corona-Diskussionen immer dafür eingesetzt, dass wir hier eine solidarische Finanzierung finden. Ich erinnere auch an den Vorstoss von Herrn Sancar, der verlangte, dass wir die Steuerreduktionen, die wir selber bei uns beschlossen haben, nicht umsetzen, sondern hier solidarische Finanzierungsmodelle wählen. Es hat auch die Krisengewinnler und Krisengewinnlerinnen gegeben. Ich habe dieses Wort immer bewusst in den Mund genommen, obwohl man es nicht gerne hört. Es geht darum, dass man dort besteuert, wo die Gewinne sonst schon gemacht werden, aber auch in der Krise. In der Vergangenheit hat dieses Parlament dies immer abgelehnt.

Nun zum vorliegenden Vorstoss: Man kann ihm zugutehalten, dass er diese Frage stellt und sagt, dass sie auf Bundesebene eigentlich auch am richtigen Ort ist. Ob die Standesinitiative der richtige Weg ist oder nicht, das bleibe dahingestellt. Wir haben uns jetzt hier mit dieser Initiative zu befassen. Ein Wort an Adrian Haas: Du bist nicht mein Lieblingshase. Da ich nicht gerne Schokolade mag, ist es auch nicht der Schokoladehase. Aber vorhin hast du mir aus dem Herzen gesprochen: Was ist Luxus? Ist es Champagner oder Prosecco? Das habe ich mir im Vorfeld tatsächlich auch überlegt. Was ist Luxus? Diese Frage muss man sich, glaube ich, hier stellen, wenn man eine solche Initiative einreicht. Die grüne Fraktion wird diesen Vorstoss mehrheitlich unterstützen. Es gibt aber auch kritische Stimmen, das verhehle hier nicht, genau wegen dieser Frage. Eigentlich ist es auf Bundesebene zu regeln. Ich weiss nicht, wer von Ihnen das Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz, FHG), das im Moment in den bundesparlamentarischen Räten in Diskussion ist, genau gelesen hat. Darin gibt es Vorschläge, wie man das macht. Das kann man gut finden oder nicht gut finden. Aber ich glaube, das Bundesparlament hat nicht auf diese Standesinitiative gewartet.

Die grüne Fraktion unterstützt diesen Vorstoss mehrheitlich in dem Sinne, dass wir diese Diskussion führen dürfen. Man soll sie auch im Bundesparlament führen. Man kann sie auch vom Kanton Bern her im Bundesparlament führen. Dies ist richtig und wichtig, aber wie gesagt: Bei der Umsetzung und Konkretisierung haben wir einige Fragezeichen, die auch nach dem Votum von vorhin nicht ausgeräumt sind.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Lieber Kollege Ueli Egger, selbstverständlich ist es legitim, und es ist ein Recht, Vorstösse zu machen, aber ob diese Vorstösse dann sinnvoll sind? Da mache ich bei diesem Vorstoss ein grosses Fragezeichen. Die Antwort der Regierung ist für uns schlüssig. Wir sollten uns nicht in die laufenden Diskussionen auf Bundesebene einbringen. Deshalb lehnt unsere Mitte-Fraktion den Vorstoss einstimmig ab.

Stefan Jordi, Bern (SP), Fraktionssprecher. Ich bin froh, dass diese Debatte hier nach dem ersten Fraktionssprecher sachlicher geworden ist. Zur Erinnerung: Wir sind nicht sozialistisch oder kommunistisch, sondern wir sind sozialdemokratisch. Dies einfach zur Berichtigung. Ich nehme es vorweg, bevor ich mit meinem Votum anfangen: Es geht hier um eine Standesinitiative, das ist unser Instrument, das wir anwenden können, wenn wir auf Bundesebene etwas tun wollen. Ich erinnere an eine grosse bürgerliche Mehrheit, die bspw. eine Standesinitiative eingereicht hat, die auf Bundesebene das Raumplanungsgesetz ändern wollte. Dies wurde von Ihnen im Jahr 2019 gemacht, und ich glaube, sie wurde überreicht. Ich habe jetzt nicht noch einmal nachgeschaut, wie das genau abgelaufen ist. Dies ist ein Instrument, das wir anwenden können, um auf Bundesebene etwas zu ändern.

Ich komme zu meinem Votum: Ueli Maurer hat auf seiner Weihnachtskarte für dieses Jahr ein Sujet verwendet, das gezeigt hat, wie er mit einer Fräse den Corona-Schuldenberg wegfräsen will. Gleichzeitig will die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament dem Staat Geld entziehen, indem man z. B. die Verrechnungssteuer oder einen Teil der Verrechnungssteuer abschaffen will. Das grenzt aus meiner Sicht an Zauberei: Einerseits will man dem Staat finanzielle Mittel entziehen, und gleichzeitig will man noch den Schuldenberg abbauen. Wie das geht? Ich weiss es nicht. Es wird aus meiner Sicht einzig auf dem Glauben aufgebaut, dass man dadurch die Attraktivität des Stand-

orts Schweiz erhöhen kann. Es wird wohl einen Moment dauern, bis eine solche Initiative umgesetzt worden ist. Man baut auf dem Glauben auf, dass irgendwelche finanzkräftigen Firmen oder Einzelpersonen in die Schweiz ziehen.

Dabei ist es so: Wenn man dem Staat Geld entzieht, werden die öffentlichen Dienstleistungen schlechter. Wir kennen das: Man muss Sparprogramme und Abbauprogramme umsetzen. Die Schulen werden zum Beispiel schlechter, der ÖV wird nicht ausgebaut oder wird noch schlechter. Mittel- oder langfristig sinkt unsere Attraktivität. Dass diese Strategie, meine Damen und Herren, nicht funktioniert, haben die Kantone Obwalden und Luzern in aller Deutlichkeit gezeigt. Was wollen wir mit dieser Standesinitiative? Es ist eine Idee, die wir in Bundesbern deponieren wollen. Das ist ja nicht so weit weg. Wir wollen, dass sie dort diskutiert wird, denn mit dieser Idee, mit dieser Initiative können wir eine Massnahme umsetzen, die für die grosse, überwiegende Mehrheit der Bevölkerung schmerzfrei umsetzbar ist. Mit dieser Idee können wir nicht alles lösen. Aber wir können einen Teil des Problems, das wir mit den Finanzen haben, die wir wieder ins Lot bringen müssen, lösen.

Dass diese Idee nicht aus dem Tierbuch stammt, zeigt sich darin, wie die Mehrwertsteuer heute funktioniert. Es gibt für verschiedene Leistungen verschiedene Ansätze. Drei Beispiele: Die meisten landwirtschaftlichen Produkte geniessen einen reduzierten Satz von 2,5 Prozent. Der normale Satz beträgt 7,7 Prozent. Das kennen Sie vielleicht. Beherbergungen haben einen Sondersatz von 3,7 Prozent, und Luxusgüter haben einen Satz von 12,7 Prozent. Vielleicht haben Sie es jetzt gemerkt: Der letzte Satz ist natürlich noch nicht Tatsache, sondern entspricht unserer Idee. Übrigens: Bei den anderen Sätzen, die heute schon real sind, stellen sich die genau gleichen Fragen, die Adrian Haas eingebracht hat. Was ist genau ein Luxusgut? Das hat man beispielsweise bei den Beherbergungen auch gefragt: Was gehört hier alles dazu, etc. Diese Diskussion hat es im Bundesparlament auch gegeben, als es um diese Sätze ging. Es ist nichts Neues, dass man verschiedene Mehrwertsteuersätze verwendet.

Ich komme zum Schluss. Eine Solidaritätssteuer auf Luxusgüter ist eine einfache, befristete Massnahme, damit der Staat in den nächsten Jahren nicht massiv Abbaumassnahmen ergreifen muss, denn diese würden sonst auf uns zukommen. Danke, dass Sie dieser Standesinitiative zustimmen. Diejenigen, die jetzt noch zweifeln, bitte ich, dies auch zu tun und sich einen Ruck zu geben und der Standesinitiative eine Chance zu geben.

Michael Köpfler, Wohlen b. Bern (glp), Fraktionssprecher. Wir lehnen diesen Vorstoss klar ab, zuerst aus formalen Gründen. Wir sind generell skeptisch gegenüber Standesinitiativen. Wenn schon, dann müsste es etwas sein, das den Kanton Bern ganz besonders betrifft; das sehen wir hier nicht. Es ist auch nicht so, dass die SP-Fraktion keine Bundesparlamentarier hätte. Selbst wenn diese Standesinitiative überwiesen würde: Bis sie dann auch in den Kommissionen und in den Räten beraten ist, werden wir an einem ganz anderen Ort stehen. Es wird Jahre dauern.

Jetzt haben wir noch ein inhaltliches Argument. Ich glaube, von diesem Vorstoss würden vor allem zwei Klassen profitieren. Die eine wären Beamte, denn wahrscheinlich gäbe es dann irgendeine neue Amtsstelle zur Definition von Luxusgütern. Wahrscheinlich bräuchte es noch eine parlamentarische Begleitgruppe, die dann feststellte, aber wie vielen Franken ein Wein ein Luxusgut ist oder nicht. Irgendein Pinot für 8 Franken hätte einen anderen Mehrwertsteuersatz als ein teurerer Wein für 30 Franken pro Flasche. Dies ergäbe eine pure Bürokratie. Wer andererseits ein Interesse daran hätte, wären wahrscheinlich die IT-Berater, die all die Unternehmen beraten würden, die ihr System für eine vorübergehende Anpassung der Mehrwertsteuer umstellen müssten – zuerst in die eine Richtung, und dann wieder in die andere. Dies bräuchte eine riesige Bürokratie mit sich und verursachte unglaublich viel Aufwand. Wir haben dies schon einmal erlebt, nach dem Nein zu der letzten Altersvorsorge-Revision, da musste man temporär die Mehrwertsteuer senken, was einen riesigen Aufwand verursacht hat.

Zusammengefasst kann man sagen, das letzte Beispiel, das Stefan Jordi gemacht hat, zeigt eigentlich genau, wo es hingehen sollte. Man sollte all diese Ausnahmen abschaffen und endlich einen Einheitssteuersatz bei der Mehrwertsteuer einführen. Wenn man dann den Tourismus besonders fördern wollte, sollte man dies direkt über Subventionen tun, das wäre transparent, und nicht über

Steuerbefreiungen, die am Schluss vor allem Bürokratie und Abgrenzungsprobleme schaffen. Darum sagen wir klar Nein.

Le président. La parole est encore souhaitée par le dépositaire de la motion, M. le député Egger.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Mitmotionär. Ich will nicht lange sprechen. Ich möchte einfach gerne Alexander Feuz antworten. Ich bin weder sozialistisch noch kommunistisch. Ich bin 100 Prozent Demokrat und 100 Prozent sozial. Es ist immer unser Bestreben, unseren Staat mit Geld von jenen Leuten zu finanzieren, die welches haben, die es im Überfluss haben, und nicht auf dem Buckel derer, denen es schlecht geht, die Pech hatten und die Unterstützung vom Staat benötigen. Deshalb kamen wir auf die Idee dieser Standesinitiative, denn diese bietet wirklich eine Möglichkeit, Einfluss auf einen Staat nehmen zu können, der die Leute trägt und nicht einfach schaut, dass die Reichen möglichst viel Geld horten können. Stefan Jordi hat es gut begründet. In unserem Nachbarland Frankreich, wo ich auch zu tun habe, beträgt übrigens die Mehrwertsteuer 20 Prozent. Dies ist eindeutig zu viel. Aber Sie haben es gehört: Bei uns wären es nur 12 Prozent.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Die Regierung ist grundsätzlich skeptisch gegenüber dem Instrument der Standesinitiative, weil die Erfahrungen zeigen, dass dieses Instrument auf Bundesebene in der Regel wenig oder in den meisten Fällen nichts bewirkt. Wenn man zurückblickt: Seit 2005 wurden von diesem Parlament 50 Standesinitiativen nach Bundesbern geschickt. Davon standen 6 im Zusammenhang mit dem, was die Bundespolitik damals diskutiert hat. Die Regierung teilt auch die Auffassung, die hier von bestimmten Fraktionssprecherinnen und -sprechern geäußert worden ist, dass die politischen Anliegen in den allermeisten Fällen von den Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern im politischen Prozess auf Bundesebene eingebracht werden sollen.

Wenn wir diese Motion inhaltlich anschauen, dann sehen wir, dass die Mehrwertsteuer auf Luxusgüter für eine befristete Zeit um mindestens 5 Prozent erhöht werden soll, und mit diesen zusätzlichen Einnahmen soll der Bund dann die Mehrausgaben der Corona-Krise finanzieren. Dies ist alles auf Bundesebene angesiedelt. Der Regierungsrat erachtet es daher nicht als zielführend, dass der Kanton Bern hier mit einer Standesinitiative in eine laufende Corona-Diskussion auf Bundesebene einwirkt, weil der Kanton Bern zusammen mit allen anderen Kantonen grundsätzlich selber nicht mehrwertsteuerpflichtig ist. Er spielt auch keine Rolle bei der Erhebung der Mehrwertsteuer und partizipiert nicht an den Erträgen. Er erhält nichts aus den Erträgen der Mehrwertsteuer. Dies ist alles auf Bundesebene angesiedelt und liegt im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Das sind die Gründe dafür, dass die Regierung diese Motion ablehnt, zusammen mit dem, was noch in der Vorstossantwort geschrieben steht.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 92 de l'ordre du jour. L'intervention est maintenue en tant que motion : les député-e-s qui l'acceptent votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.57

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	44
Nein / Non	101
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez rejeté cette intervention sous la forme d'une motion.